

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag ebenfalls mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Am Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streifen usw. erlischt jeder Anspruch auf Vorkosten. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Zeitspalte oder deren Raum 15 Pfg., die 4spaltige 10 Pfg., die 3spaltige 8 Pfg., die 2spaltige 6 Pfg., die 1spaltige 4 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher abgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. des Textes, zuzüglich Postgebühr. Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 88

Donnerstag, den 28. Juli 1932

34. Jahrg.

Auf die Gebote für die diesjährigen

Obstruktionen an den städtischen Straßen wird hiermit der Zuschlag erteilt.

Das Badgeld ist bis zum 28. Juli an unsere Kämmererei zu zahlen.

Kemberg, den 26. Juli 1932.

Der Magistrat.

Abgelehnt!

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs. Leipzig, 26. Juli.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke hat in der Staatsrechtsfrage der abgelegten preussischen Minister, der Fraktion des Zentrums und der Fraktion der SPD im preussischen Landtag gegen das Reich am 13.07.1932 folgende Entscheidung des Staatsgerichtshofes bekannt:

Die Anträge auf Erlass einer einseitigen Verfügung werden zurückgewiesen.

Die Begründung

In seiner Begründung hat der Staatsgerichtshof im wesentlichen erklärt, er sehe es ab, eine einseitige Verfügung zu erlassen, weil nach dem neu formulierten Antrag der preussischen Minister dieser Erlass einer einseitigen Verfügung eine Zerschlagung der Staatsgewalt zwischen Reichsminister und bisherigen Ministern in sich schließt. Der Staatsgerichtshof könne eine solche Gewaltenteilung nicht vornehmen.

Er sei auch nicht in der Lage, von sich aus Vorschläge zu machen, wie die Verhältnisse in Preußen sonst vorläufig geregelt werden könnten. Er lehne auch den Erlass einer einseitigen Verfügung auf den Antrag der beiden Fraktionen Zentrum und SPD ab, deren Ablegitimation er übrigens noch nicht geprüft habe. Die Ablehnung erfolge aus dem gleichen Grunde wie die Ablehnung gegenüber den Anträgen der Staatsminister.

Der Staatsgerichtshof lege den allergrößten Wert darauf, zu betonen, daß von ihm aus jegliche Beschränkung zur Herbeiführung einer einseitigen Entscheidung im Rahmen der dem Staatsgerichtshof durch die Geschäftsordnung gezogenen Grenzen gefördert werden werde.

Die Stuttgarter Erklärung

... auch im Namen Hindenburgs.

In die Wiederabgabe der Erklärungen des Reichsanzlers, es werde von der Reichsregierung in kein anderes Land ein Reichsminister entsandt werden, und es werde auch nicht daran gedacht, dort den Ausnahme- oder Belagerungszustand zu beschließen, war in der Presse die Bemerkung gemacht worden, daß Herr von Papen diese Erklärung nur für die jegliche Reichsregierung abgegeben habe. Die grundsätzliche Auffassung des Reichspräsidenten sei jedoch unerschüttert geblieben.

Demgegenüber ist festzustellen, daß der Reichsanzler nicht nur für sich und die jegliche Reichsregierung, sondern ausdrücklich auch für den Reichspräsidenten erklärt hat, die Entsendung eines Reichsministers könne für kein anderes Land in Betracht. Die Aufgabe des Reichspräsidenten als geschäftsführenden Regierenden bestehe darin, die Regierung zu unterstützen und die Befehle der Reichsregierung nicht bindend sind.

Tagung des Reichskabinetts

Das Kabinett beschäftigte sich dann mit der Tatfrage, die es gegenüber dem Ueberwachungsanschuß des Reichstages einnehmen wird. Das Kabinett steht auf dem Standpunkt, daß die verfassungsmäßigen Beschlüsse des Ueberwachungsanschußes für die Reichsregierung nicht bindend sind.

Vorbereitung zum Hochverrat?

Das Verfahren gegen Breuer wird vom Oberreichsanwalt weitergeführt werden, da Breuer dringend verdächtig erscheint, sich der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig gemacht zu haben.

Ueberwachungsanschuß gegen Notverordnung

In der zweiten Sitzung des Reichstagsauschußes zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung waren von Seiten der Reichsregierung Reichsanzler von Papen, Reichsinnenminister Freiherr von Gayl und Reichswehrminister von Schleicher erschienen. Die Vertreter der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Landvolks und der Wirtschaftspartei waren nicht erschienen, so daß von den 28 Mitgliedern des Auschußes nur 16 zugegen waren.

Der Auschuß wandte sich den Anträgen auf Aufhebung der Notverordnungen zu, die sich auf die Einsetzung des Reichsministers in Preußen beziehen.

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl führte aus, der Ueberwachungsanschuß des Reichstages, der nach der Auflösung des alten Reichstages bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages in Tätigkeit treten könne, sei weder ein Organ des alten noch ein solches des neuen Reichstages.

Der Ueberwachungsanschuß stelle vielmehr ein Zwischenglied dar und sei berufen zur „Wahrung“ der Rechte der Volksvertretung, nicht aber zu ihrer Wahrnehmung. Hauptaufgabe des Auschußes, der kein Erlass-Reichstag sei, sei die Verhinderung etwaiger Eingriffe der Reichsregierung in die Rechte der Volksvertretung. Die Reichsregierung sei dem Auschuß nicht verantwortlich und ebenso habe der Auschuß keinen Anspruch auf sofortige Unterrichtung über Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Auf Anfragen von Zentrumsseite erklärte Reichsanzler von Papen, die Reichsregierung werde die Wahlfreiheit für den 31. Juli in jeder Richtung sichern.

Reichswehrminister von Schleicher erklärte, die Wehrmacht werde es niemals zulassen, mit irgend jemand die ihr zugewiesenen verfassungsmäßigen Rechte zu teilen. Es werde gegen diejenigen, die sich ähnliche Funktionen anmaßen wollten, vorgegangen werden.

Die Abstimmungen

Von den Auschußmitgliedern wurde bei Abwesenheit des Vertreters der Konfessionen der Zentrumsantrag einstimmig angenommen, nach dem der Auschuß „verlangt“, daß die Notverordnungen vom 20. Juli über Einsetzung des Reichsministers für Preußen und Verhängung des Ausnahmezustandes „aufgehoben“ werden. Annahme fand bei Stimmenhaltung des Zentrums auch der sozialdemokratische Antrag, wonach der Auschuß von der Reichsregierung verlangt, daß diese beiden Notverordnungen „außer Kraft gesetzt“ werden.

Bei Stimmenhaltung des Zentrums wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, die Notverordnungen vom 14. und 28. Juni dieses Jahres gegen politische Ausschreitungen außer Kraft zu setzen.

Weiter wurde bei Stimmenhaltung des Zentrums ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, der die Aufhebung der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni verlangt.

Einstimmig angenommen wurde auch ein Zentrumsantrag, der die Reichsregierung eruchte, angesichts der zunehmenden Verrohung und Verwilderung des politischen Kampfes die Wahlfreiheit unbedingt und nach jeder Richtung zu sichern. Um das zu erreichen, wird die Reichsregierung gebittet, insbesondere, sofort ein allgemeines Verbot für die Wahltag selbst und den vorhergehenden Tag.

Ausnahmezustand aufgehoben

Die Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 27. Juli.

Die Verordnung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Berlin und Provinz Brandenburg hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erordne ich: Die Verordnung betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg vom 20. Juli 1932 (RGBl. I S. 377) wird mit Wirkung vom 26. Juli 1932, 12 Uhr mittags, aufgehoben. Die auf Grund dieser Verordnung durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt ausgesprochenen Verbote periodischer Druckschriften werden hierdurch nicht berührt.

Reichsd. Berlin, den 26. Juli 1932.
Der Reichspräsident, gez. von Hindenburg.
Der Reichsanzler, gez. von Papen.
Der Reichsminister des Innern, gez. Freiherr von Gayl.
Der Reichswehrminister, gez. von Schleicher.

Bestimmungen über die

Bereits, Versammlungs- und Pressefreiheit

Der preussische Minister des Innern hat an alle Landesverwaltungsbehörden folgenden Befehl gerichtet:

Die einschneidenden Bestimmungen auf dem Gebiete der Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit sind erlassen worden, um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und dem vielfach zulage getretenen Mißbrauch politischer Rechte nachdrücklich entgegenzutreten. Sie dürfen aber keine Handhabe dazu bieten, die gleichmäßige Befähigung der Staatsbürger zu verhindern oder einzuschränken, insbesondere die Wahlfreiheit zu beeinträchtigen. Sie sind unparitätisch und gerecht anzuwenden; dazu gehört auch, daß die Heftigkeit oder schärfste Handlung unterbleibt. Bedenken im Einzelfall, Zweifel darüber, ob die Voraussetzungen für die Anordnung einer Beschränkung gegeben sind, so ist von der Maßnahme abzusehen, gegebenenfalls Entscheidung des Regierungspräsidenten einzuholen.

Mit der Wahrnehmung der Geschäftsäfte beauftragt:
gez. Dr. Brauß.

Zunahme der Polizeibehörden.

Der Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Brauß, hat an sämtliche Polizeibehörden folgenden Funkspruch erlassen:

„I. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit vor, während und nach der Reichstagswahl ist in nächster

Zeit die wichtigste Aufgabe der Polizei.

2. Die Waffengebrauchsbestimmungen für die Polizei (vergleiche Ausführungsbestimmungen zu Paragraph 55 PWB.) reichen völlig aus zum Schutze des einzelnen Beamten wie zur Durchföhrung der Staatsautorität gegenüber tatsächlichen Widerstand.

3. Ein Polizeibeamter, der auf Grund dieser Bestimmungen nicht rechtzeitig und ausreichend von einem Dienstwaffen Gebrauch macht, berechtigt keinen Beamten, dem pflichtmäßig handhabend ein Polizeibeamter aber werde ich meinen Schutz nicht verweigern.“

Freilassungen aus der Schutzhaft.

Zu der Verordnung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß namentlich die während des Ausnahmezustandes in Schutzhaft genommenen Personen freigelassen werden, soweit die Bearbeitung ihrer Angelegenheiten nicht schon an die ordentlichen Gerichte übergegangen ist.

Die Strafverfahren laufen weiter.

Die Strafverfahren gegen Personen, die sich gegen die Verordnung des Reichspräsidenten (troubig gemacht haben, nehmen ihrer Fortgang. So befindet sich der Schriftführer Breuer-Friedländer noch in Haft im Polizeipräsidium und wird, da der Schutzhaftbefehl namentlich durch Straftaten, dem Vernehmungsberechtigter vorgeführt werden müßten.

Der Amtliche Preussische Pressebericht erscheint wieder.

Zur Anordnung des Reichsforministers Dr. Brauß wird der Amtliche Preussische Pressebericht am Mittwoch, den 27. Juli, als wieder regelmäßig erscheinen mit der Aufgabe, daß die Vorbereitung politischer Mitteilungen bis auf weiteres durch die Presseabteilung der Reichsregierung erfolgt.

Preußen erlaubt den Beamten die NSDAP.

Berlin, 26. Juli.

Amtlich wird mitgeteilt: Der kommunistische preussische Minister des Innern hat dem preussischen Staatsminister ein Vorlage gemacht, wonach der Reichstag des preussischen Staatsministeriums vom 25. Juni 1930 insofern aufgehoben wird, als er die Teilnahme von Beamten an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei verbietet.

Zinszuschüsse des Reichs

Für Instandhaltung und Teilung von Wohnungen.

Berlin, 27. Juli.

Der Reichsarbeitsminister hat die näheren Bestimmungen über die in der Notverordnung vom 14. Juni d. J. vorgesehenen Zinszuschüsse aus Reichsmitteln für Darlehen für Instandhaltung und Teilung von Altmwohnungen beantragt. Hierfür stehen einmalig fünf Millionen RM zur Verfügung. Der Zuschuß wird Hausbesitzern gegeben, die ein Darlehen von mindestens 1000 RM zur Ausführung größerer Instandhaltungsarbeiten oder zur Teilung einer Wohnung aufgenommen haben.

Der Reichsarbeitsminister hat gleichzeitig die Uebernahme von Reichsbürgerschaften zur Förderung von Instandhaltungsarbeiten und Wohnungsteilungen eingeleitet.

Die Bürgerschaften können der Natur der Sache nach nur gegenüber einzelnen Spitzeninstitutionen übernommen werden, da es praktisch unmöglich ist, daß das Reich in der zahllosen Einzelsachen unmittelbar für die Hauseigentümer eine Bürgerschaftserklärung abgibt. Die Verhandlungen über den Kreis der Institute, die die Reichsbürgerschaft erhalten, sind noch nicht abgeschlossen. Die Institute werden zu gegebener Zeit von sich aus die ihnen angeschlossenen Organisationen verständigen. Zwecklos ist es, daß sich die einzelnen Hauseigentümer mit der Bitte um Bürgerschaftsübernahme an Reichs- oder Landesbehörden wenden.

Antwort auf Bogheim

Strafanzeige gegen Reichs- und Länderregierungen.

Darmstadt, 27. Juli.

Von der Gaupressstelle der NSDAP wird mitgeteilt: Die feinerzeit durch die Veröffentlichung der Bogheimer Dokumente beantragten heftigen Nationalsozialisten haben gegen das heftige Gesamtministerium vom Sommer 1931 wegen Begünstigung der hoch- und landesverderblichen Wälfäden der KPD Strafantrag erlassen.

„In dem Schreiben an den Oberreichsanwalt heißt es u. a.: Am 25. November 1931 wurde von den sozialdemokratischen Ministern Leudner und Georing das Bogheimer Dokument der Öffentlichkeit bekanntgegeben. In den folgenden Tagen wurde das Hochverratsverfahren eröffnet, in das der unterzeichnete Dr. Wolf als Angeklundeter, die übrigen Unterzeichneten „vorläufig“ als Zeugen verwickelt sind. In dem Verfahren ist bis heute keine Entscheidung über die Erhebung der Klage oder über die Einleitung des Verfahrens ergangen. In dem unterzeichneten noch immer den Ministern ihrer politischen Gegner ausgesagt sind. Die Veröffentlichung der im Besitz der heftigen Staatsregierung befindlichen hoch- und Landesverrats-Dokumente der KPD klären im wesentlichen die Vorgeschichte und die Voraussetzungen des Bogheimer Dokuments. Die Tatfrage, daß die kommunikativen Pläne der heftigen Regierung bekannt war

ren, ohne daß diese für veröffentlichte oder sonst ernsthaftige Maßnahmen gegen die bolschewistische Gefahr ergreift, beweist, wie richtig die Verfasser des Vorberichts die Lage im Sommer 1931 beurteilten, wenn sie befürchteten, daß der kommunistische Umsturz noch ausbreiten könnte durch die Regierung des Reichs und der Länder bald Wirklichkeit werden könnte. Die Unterzeichneten und das ganze deutsche Volk haben ein Recht auf vollständige Klärung dieser Dinge. Um diese Klärung im öffentlichen Interesse herbeizuführen, erstatten sie hierdurch Strafanzeige gegen das heftige Gesamtministerium des Sommers 1931 und insbesondere gegen den in erster Linie verantwortlichen Innenminister Brüning wegen Beamtung der kommunistischen Hoch- und Landesverratspläne, begangen durch die Unterlassung wirksamer Einheitsregeln gegen diese im besetzten Rhein und durch Irreführung der öffentlichen Meinung durch die Hege gegen die nationalsozialistische Bewegung. Der gleiche Vorbericht der Beamtung der kommunistischen Hoch- und Landesverratspläne ruft auf allen Regierungen des Reiches und der übrigen Länder des Sommers 1931, ihren besten Willens, soweit sie nicht der nationalsozialistischen Bewegung angehören, die stets vor der bolschewistischen Gefahr warnte, erstatten die Unterzeichneten deshalb ebenfalls Strafanzeige.

gez.: Dr. Werner Best, MdL, Hauptmann a. D. Wilhelm Waffling, MdL, Dr. Richard Wagner MdL, Kapitänleutnant a. D. von Davidson, Robert Staminoga.

Deutschland und der Konsultativpakt

Die Einstellung Americas.

Berlin, 26. Juli.

Die Reichsregierung hat die Ansicht, die sie von der britischen Regierung über das Wesen der Lausanner Vereinbarungen zwischen England und Frankreich erhalten hat, für hinlänglich erachtet, um nach London mitzuteilen, daß sie sich diesen Vereinbarungen anschließen. Eine gleiche Mitteilung ist auch nach Paris gegangen.

Die englisch-französischen Abmachungen, denen inzwischen eine Anzahl anderer Staaten beigetreten waren, sind, wie man sich erinnert, in Lausanne hinter dem Rücken der deutschen Delegation zustande gekommen, nachdem eine deutsche Anregung im Sinne einer freimütigen Auseinandersetzung über die europäischen Probleme beilegege worden war. Das „Gentleman-Agreement“ oder der „Konsultativpakt“ hat in der Presse der nächstbesten Staaten und auch in der politischen Diskussion maßgebend englischer und französischer Seite wie in dem Echo der Weltöffentlichkeit eine Wertung gefunden, die in diesen Vereinbarungen nichts geringeres gesehen hat und sieht, als ein Wiederaufleben der Entente cordiale. Diese selbst ist ja vor dem Kriege, von der formalen Seite her gesehen, kaum auf eine andere Weise eingeleitet worden, als durch Verhandlungen zwischen Paris und London über einen intensiven Meinungsaustausch, eine möglichst weitgehende Zusammenarbeit in der Behandlung der politischen Probleme Europas. Das Ziel war damals für Frankreich das gleiche, das es heute ist, die Sicherung und die Stabilisierung der französischen Vormachtstellung in Europa, zu der heute die Verwirklichung des status quo nach dem Versailler Vertrag gehört.

Die Reichsregierung hat, als diese Genet Vereinbarungen bekannt wurden, aus ihren Bedenken dagegen kein Wort gemacht.

Der Sinn und das praktische Ziel aber sind klar, sie liegen darin, daß ihre eigenen politischen Pläne dem Urteil der anderen zu unterwerfen und nichts ohne deren Zustimmung zu unternehmen, mit anderen Worten, die Geben-nehmen der europäischen Politik so lange anzuerkennen, bis es möglich wäre, eine Einigung der Vertragspartner über erstrebte Veränderungen zu erzielen.

Segelschiff „Niobe“ gekentert

Ein Teil der Besatzung bereits als gerettet gemeldet.

Kiel, 27. Juli.

Von der Pressestelle der Reichsmarine wird mitgeteilt: Das Segelschiff „Niobe“ der Reichsmarine mit 100 Mann Besatzung ist in einer Gewittersturm bei Fehmarn Bell gekentert. Die Boote des Feuerlösches und der Kreuzer „König“ haben sich sofort an die Unfallstelle und der Dampfer „Therese Ruff“ meldet seine Ankunft an der Unfallstelle und ferner, daß er 40 Gerekete an Bord habe.

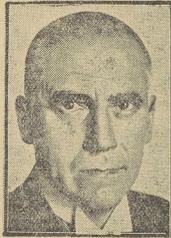
Das Marineschiff „Niobe“ ist ein früheres Handelschiff, das nach dem Kriege für die Zweite der Reichsmarine als Segelschiff umgebaut worden ist. Kommandant des Schiffes war Korvettenkapitän Rohfus.

Sogleich nach Bekanntwerden der Katastrophe wurde die Kreuzer „König“ und „Königsberg“ an die Unfallstelle entsandt, ferner gingen vier Boote der Halbflotte Kiel in See. Am Bord der „Königsberg“ befand sich auch der Inspektor des Bildungswesens, Konradmüller Kolbe. Ueber der Unfallstelle kreuzte lange Zeit ein Zieger, der das Meer abjudete.

Zu den schwersten Unglücken, die Heer und Marine seit dem Jahre 1900 betroffen haben, gehören der Untergang des Segelschiffes „Gneisenau“ vor dem Hafen von Malaga; 38 Mann fanden den Tod in den Wellen. Im November 1905 sank das Torpedoboot „S. 128“ mit 40 Mann der Besatzung. 1907 forderte eine Kesselexplosion auf dem Kriegsschiff „Blücher“ 15 Todesopfer. 1913 sank bei Helgoland das Torpedoboot „S. 178“, 70 Tote. Im Jahre 1925 fanden bei dem Weltergang bei Wilhelm 79 Angehörige der Reichswehr den Tod in den Wellen.

69 Todesopfer?

Der Kreuzer „König“ hat die von dem Dampfer „Therese Ruff“ Gerekete der Besatzung „Niobe“ übernommen und sie nach Kiel gebracht. Nach den bisherigen Feststellungen werden 69 Mann der Besatzung vermißt, mit ihrem Tode muß gerechnet werden.



Zur Reichstagswahl die Spitzenkandidaten der großen Parteien; oben: Otto Welz (SPD) und Dr. Brining (Ztr.); unten: Dr. Brining (Ztr.) und General Hugenberg (MWB.).

Der Wehrminister über die Reichswehr

General Schleicher im Rundfunk.

Berlin, 27. Juli.

Reichswehrminister General von Schleicher sprach im Rundfunk. Er erklärte, daß kein Freund und kein Gegner der Reichswehr sei, sondern daß die Reichswehr nur ein Instrument der Politik sei. Er erklärte, daß die Reichswehr nicht ein Feind der Politik sei, sondern daß die Politik heringezogen zu werden.

Der Minister ging dann auf die Sicherheit ein, die kein Land in so wenigem Maße besitzt wie Deutschland und nach der die härteste Militärmacht der Welt.

Frankreich unaufhörlich ruft. Diese Haltung hätte Minister Stresemann schon als „Heuchelei“ bezeichnet.

Nur manchmal läßt man auch in Frankreich die Rahe aus dem Saß. Zum Beweise zitierte der Minister die jüngsten Äußerungen des Generaloberstleiters des französischen Staatsstabs über eine Befähigung der neuen französischen Besatzungen, die „nötige Sicherheit“ geben und denen kein Gegner widerstehen könne. Mit diesem Bericht verglich General Schleicher die Forderungen der Franzosen auf der Abrüstungskonferenz und das Scheitern der Konferenz.

Deutschland könnte Sicherheit bekommen, wenn die Mächte sich auf unehren Rüstungsstand abließen. Wenn ist ein Schlichtschiff eine Verteidigungsflotte“ wurde einmal gefragt. Wenn es die britische oder amerikanische Flotte führt, lautet die Antwort. Ich glaube, diese spirituellen Worte sagen mehr, als die schönsten diplomatischen Formen.

Wir können die Sicherheit erreichen, indem wir unsere Wehrmacht zu umbauen — nicht ausbauen — daß sie uns wenigstens ein gewisses Maß Sicherheit gibt, und ich möchte im Anschluß an die deutsche Schlichtschiffklärung in Genf keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir diesen Zweck nicht geben werden, wenn man uns volle Sicherheit und Gleichberechtigung weiter vorenthalte.

In der Landesverteidigung liegt die hohe und ideale Aufgabe des Soldaten. Richtig ist natürlich, daß die Wehrmacht auch die Ultima ratio des Staates darstellt. Nicht hat in den letzten Wochen nichts so sehr geirrt wie die Behauptung, ich hätte die Wehrmacht in den politischen Meinungstreit eingepaßt. Das Schlagwort „Junter und Generale“ hätten die Regierung Brüning geführt, ist eine glatte Lüge.

Solange ich an dieser Stelle stehe, werde ich es niemals zulassen, daß die Wehrmacht ihre überparteiliche, nur dem Volksgut dienende Haltung ändern oder gar aufgeben wird. Und ein zweites: Ich werde nicht dulden, daß die Wehrmacht die ihr im Staate zugehörige Stellung mit irgend jemand teilt und daß sich private Organisationen ihre gesetzlichen Funktionen anmaßen.

Der Minister behandelte dann die Verbände und die sozialen Aufgaben der Reichswehr. Zum Schluß betonte der Minister, daß er eine Militärdiktatur ablehne, die besonders in Deutschland schnell zum Bürgerkrieg führen würde. Aber, so schloß General Schleicher, ist nicht Deutschland gerade in der jetzigen schweren Zeit eine Regierung, die die größten Soldatenentwürde besitzt, Mut, Entschlossenheit und Verantwortungsfreudigkeit.

Professoren für NSDAP.

Eine Erklärung von 51 Universitäts- und andere Hochschulprofessoren wird veröffentlicht, nach der sie zuvörderst von der nationalsozialistischen Führung im Staate die Geltung des öffentlichen Lebens und die Rettung deutschen Volkstums erwarten. Die gesunde Volksbewegung, die in Ablehnung der verderblichen Wirkung des herrschenden politischen Systems entstanden ist, wäre zusehends durchdrungen von dem Suchen der besten Ausweg aller Volkstrelle. Die von vielen beherrschte Einschränkung der geistigen Freiheit durch ein engstirniges nationalsozialistisches Schema fürchten die Unterzeichner nicht. Bedenken über einzelne Erscheinungen in der unteren Führerschaft und der Mitläuferchaft treten für sie zurück, da sie dem Geist der oberen Führer und ihrer Fähigkeit zur Reinhaltung der Bewegung vertrauen.

Hugenberg über Sozialismus

„Wer ist Sozialreaktionär?“ Zu diesem Thema sprach in einer deutschlandweiten Rundgebung in Gießen Dr. Hugenberg. Er führte u. a. aus, daß sich als Sozialreaktionäre durch den Gehirnschlag der Marxisten aller Schattierungen erwiesen hätten. Auch die Nationalsozialisten seien Sozialreaktionäre, soweit sie „Sozialisten“ im Sinne des Begriffs „Sozialismus“ seien. Verständen die Nationalsozialisten unter Sozialismus nichts weiter als sozial, d. h. kameradschaftlich, dann hätten sie ebenso wie die Deutschnationalen und Brauchvereine Deutschnationalen nicht als „Sozialreaktionäre“ zu bezeichnen; denn reaktionär sei das Kleben an innerlich überwindenen Mächten, während die Deutschnationalen von den Gedanken der Zukunft beherrscht würden. Der Sozialismus sei durch die Ereignisse nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt widerlegt. Deutschland sei durch den Sozialismus ebenso wie Australien zugrunde gerichtet worden. Auch England habe vor dem Abgrund gefunden. Es habe sich aber vom Sozialismus vertragen.

Jagd nach Menschen

ROMAN VON HANS HEIDIECK

(64. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

In diesem Brief war von Honsbrud die Rede. Er werde wiederkommen. Woher konnte der Graf das wissen? Das Schreiben kam ihr sonderbar vor. Einige Stellen klangen ihr unverständlich.

Ihre Gedanken bewegten sich nur um das, was über Honsbrud darin geschrieben stand.

Er ist ein Ehrenmann — Ja, das war er ganz unweifelhaft. Nun fand sie auch eine Erklärung dafür, daß er sie plötzlich und auf eine so eigenartige Weise verlassen hatte. Nur aus Ehrenhaftigkeit war er gegangen. Er mochte ahnen, in Jochen wissen, daß ihr Herz ihm gehörte. Tausend andere hätten die Gelegenheit einer solchen Partee mit Freunden wahrgenommen.

Er zog Ungewißheit, Einmaligkeit, Armut dem Besitztum vor, für sie vielleicht ein Verzicht auf den Berufsstand zu sein.

Des Grafen letzter Wunsch war es, daß sie mit Honsbrud glücklich werde. War der Graf im ganzen nicht auf ein hochachtbares Mensch gewesen? Sie hatte ihn vielleicht etwas verkannt! Wie konnte er nur eine solche Tochter begeben, sich das Leben zu nehmen! Es waren viele Gedanken, die sie beschäftigten. Aber wichtig erschien ihr nur eins: nach Honsbrud zu forschen — ihn nicht ein in untergehen zu lassen.

Sie wollte keine Rufen hören und beauftragte sofort ein Detektivbüro. Die Bekanntschaft an ihn ließen ihr keine Ruhe mehr.

Sie persönlich mußte New-York jetzt auf einige Wochen verlassen. Es ging im Auto durch die amerikanischen Steppen.

Wildes, arbeitsvolles Leben umtoste sie. Tausend neue

Menschen, mehr oder weniger flüchtige Bekanntschaften, waren fastwöchentlich an ihr vorüber.

Sie konnte zu niemandem rechten Kontakt gewinnen. Auch eine Betätigung ihrer Gedanken fand sie heute nicht. Immerzu mußte sie grübeln. Sie wurde ernst und still, ihr Lachen war Verkettung. Sie spielte sich selber Theater vor. Wurde innerlich froh, kalt und verzweifelt.

Honsbrud hatte kein Gepäck auf dem Bahnhof abgegeben. Er beachtete, zunächst einen Vertreter, der als Kaufmann in New-York lebte, aufzusuchen.

Nach langen Umständen fand er ihn. Sozialer Herr, der seine große, bunte, kreisrunde Brill auf einer verhältnismäßig kleinen Nase trug. Als hervorsteckende Eigenschaft hatte er die, immens flüchtig verkehrt zu sein. Er besaß sechs Kinder, drei Sungen und drei Mädchen, alle ungefähr ein Jahr auseinander.

Gelächelt handelte er mit Betten und Matratzen. Die Sache schien etwas abzuwerden. Jedenfalls konnte er sich ein sehr gutes Leben leisten.

Als Honsbrud kam, sah er mit seiner Familie eben beim Mittagessen.

Mit lautem Freudenansturm klopfte er dem Besuch auf die Schulter.

„Nennst — herzlich willkommen in New-York!“

Honsbrud humpelte in die Küche. Er hatte in den letzten Tagen wieder Schmerzen in seinem Bein. Die Prothese sah nicht mehr richtig.

Der Vertreter stellte ihm seiner Frau und den Kindern vor, lud ihn ein, noch etwas mitzusehen. Der Doktor nahm dankbar an.

„Na — nun erzähle mal — was machst du denn hier?“ fragte der Vertreter.

Honsbrud erzählte kurz seine letzten Erlebnisse. Es sei ihm früher einmal besser gegangen. Na — nun sehe er eben das — seinen Talenten.

Als er später mit dem Vertreter allein bei einer guten

Zigarette in dessen Arbeitszimmer zusammenlag, sprach er sich etwas vertrauter aus.

„Was? Und diesen Vorken bei der Schauspielerei hast du im Stich gelassen —?“

„Ich konnte nicht anders!“

„Du Dohle!“

„Dane! Du bist ja sehr liebenswürdig!“

„Ich sage es immer so, wie ich denke. Das, was du da fährst, um wegen Verfallsens ihrer Existenz und überhaupt u — Mensch, das ist purer Quatsch. Ihr liebt euch ja alle beide. — Na also!“

„Woher weißt du denn das?“

„Na — ich bin doch nicht auf den Kopf gefallen. Das liest man doch zwischen den Zeilen.“

— und wenn es immer so wäre — du weißt ja noch nicht, ich möchte es vorhin nicht sagen — ich habe schon eine Strafe abgehört.“

„Meio!“

Honsbrud erzählte. Jede Einzelheit. Der Vertreter hörte ruhig und geduldig zu.

„Weißt sie davon?“ fragte er, als Honsbrud geendet hatte.

„Ja.“

„Na also! Und du bist es doch, der ihr damals aufgehoben hat. Eure Rechnung ist glatt.“

„Nein! Was bin ich? Was habe ich? Was kann ich, ich, bieten? Nichts! Ein armerlicher Schläder bin ich. Mit meinem Holzbein werde ich immer behindert bleiben. Und eine Frau an mich treten, ohne etwas zu sein und zu haben — verzeh mir, das liegt mir nun einmal nicht.“

Aber sie hat doch eine große Gehilfschaft. Vielleicht ist sie glücklich, wenn du ihr später bei dem Ausbau und der Leitung dieser Sache zur Hand gehst.“

„Dabei könnte ich mich nicht glücklich fühlen. Ich müßte immerzu daran denken, daß ich dies alles nur ich verdanke daß ich von ihrer Gnade abhängig bin.“

„Hm. Ich glaube, dir ist nicht zu helfen. — Was hast du also vor?“

„Ich will arbeiten.“

„Was? Wo? Hier in Amerika?“ (Fortf. folgt.)

ismus losgerissen und fange jetzt an, zu gefunden. Ameriko trankte an einem falschen, verhängnisvollen Kapitalismus der glaube, zwischen den Wöllern Finanzabhängigkeit und Finanzgelehrte aufrechterhalten zu können. Dieser Wahn der Kapitalisten sei der Hauptgrund der amerikanischen und der Weltkrise. Dieser Kapitalismus sei ebenso reaktionär wie der ganze Sozialismus oder Marxismus.

Nur durch entschlossene Abkehr vom Sozialismus im Rahmen eines operativen glühenden Nationalismus warte der Jugend Leben und Zukunft.

Diétrich im Rundfunk

Berlin, 27. Juli.

Für die Deutsche Staatspartei (sprach der frühere Reichsfinanzminister Diétrich im Rundfunk. Es ist maßlose Demagogie, so führte er aus, wenn Agitatoren es fertigbringen, heutzutage Enttäufung zu verpredigen und höhere Leistungen in Aussicht zu stellen. Seit dem vorigen Jahr stehen wir im Kampf um die Reparationen. Sowohl der Reichsanstänger Brüning als auch ich haben immer wieder erklärt, daß Deutschland nicht in der Lage lie, noch irgendeine Reparationen aufzubringen. Jetzt ist es unser gutes Recht, festzustellen, daß unsere Linie nicht durchgehalten wurde.

Der Redner ging dann auf die Wirtschaftslage ein. Er betonte, daß er und seine Partei durchaus auf dem Boden der Verantwortung und des Verantwortungsgefühls stehen. Er bezeichnete es als ein Unglück, daß die großen Betriebe die kleinen aufgelassen hätten. Eine Gesundung wäre nur möglich, wenn die aufgelassenen Betriebe wieder selbständigen Unternehmern überantwortet würden.

Als versaffungstreue Partei halten wir daran fest, daß auch alles aufgeben werden muß, das Parlament wieder aktionsfähig zu machen. Ein Herrenregiment, wie es früher einmal gewesen ist, ist in Deutschland unmöglich und unerträglich.

Wahlausruf der freien Gewerkschaften

In einem Wahlausruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erklärt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund u. a. Millionen deutscher Arbeiter hätten im Weltkriege für die Freiheit Deutschlands gekämpft. Hunderte tausende hätten ihr Leben geopfert. Die Frauen hätten in der gleichen Weise in den Verbänden die verwaisten Plätze der Männer ausgefüllt. In der Hoffnung auf ein freieres Deutschland hätten alle diese Männer und Frauen sich für Deutschland eingesetzt. Die Führer der deutschen Arbeiterschaft hätten in den schwersten Stunden der deutschen Geschichte die Grundlagen des sozialen Volkstaates geschaffen. Die Erklärung wendet sich dann in scharfen Worten gegen die Nationalsozialisten und fordert von den Arbeitern und Arbeiterinnen Deutschlands Disziplin, Einigkeit und den geschlossenen Einsatz aller Kräfte im Wahlkampf.

Deutsche Tageschau

Die Durchführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes.

Am Reichsarbeitsministerium sind die Durchführungsbestimmungen für den Freiwilligen Arbeitsdienst im letzten August. Es haben Beratungen zwischen dem Reichsarbeitsministerium, dem Reichsforstminister Dr. Spruy und den übrigen Reichsressorts bereits stattgefunden. An unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß die Durchführungsbestimmungen noch in dieser Woche dem Reichsrat vorgelegt und von diesem angenommen werden, so daß sie in kürzester Frist in Kraft treten können.

Gehaltsfürzung in Mecklenburg-Strelitz.

Die Mecklenburg-Strelitzer Staatsregierung hat eine Verordnung erlassen, die eine weitere Gehaltsfürzung für die Staatsbeamten, Angestellten, Aufseher und Witwenbezüge bringt. Begehrnt wird diese Maßnahme mit dem erforderlichen Ausgleich des Staatshaushalts. Nach der Verordnung werden ab 1. August die Dienst- und Beurlaubungszulagen der Staatsbeamten sowie der Staatsminister neben den bisherigen Kürzungen um weitere 2,5 % herabgesetzt. Für Ledige und Kinderlose erhöht sich die Kürzung auf 5 %. Der Kürzung unterliegen außerdem Wartegelder, Fürsorgebezüge, Uebergangsgelder, Uebergangsgeldbeiträge, Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder sowie Kapitalabfindungen, dergleichen die entsprechenden Bezüge der Angestellten, Kinderbeihilfen, Aufwandsentschädigungen, Kinderzulagen und Wohnungsbeträge.

Verordnungserleichterung in Anhalt. In der anhaltischen Gesetzgebung wird die zweite Verordnung zur Umwidmung und Vereinfachung der anhaltischen Verordnung veröffentlicht. Während die erste Verordnung die Vereinfachung der mittleren Behörden mit dem Staatsministerium zu einem einheitlichen Ganzen ausprach, schlägt die zweite Verordnung in logischer Fortführung dieses Gedankens die stark spezialisierten örtlichen Dienststellen — Kreisdirektionen, Kreisärzte, Kreisförstereien, Kreisfahndungsausschüsse, Vermessungsämter und Kreisstellen — zu Kreisämtern zusammen, an deren Spitze ein Landrat steht. Die Zuständigkeiten dieser Behörden gehen auf die Kreisämter über.

Aus der Heimat und dem Reich.

Kernberg, den 27. Juli 1932

Erntezeit!

Überall im Lande beginnt die Zeit der Ernte. Auf den Feldern steht das volle Korn und wartet der Mähd. Überall sind es nur noch Tage und Wochen die die schrittweise Ernte über das Feld hinweg und die ständigen Lehren unter ihrem Hieb zusammenzubringen. In den Gärten und auf den Giebelgärten, selbst in den Raubentomaten wird geerntet, werden die früheste der liebedorfen Saat gepflückt. Mögen es Tomaten sein, vielleicht Kohl oder Bohnen, mag es Beerenobst sein, das bleibt sich einerlei; man hat geerntet, und diese Tatsache ist ein würdiger Grund zu feiern! Da

wo sich früheste Menschen eine Scholle teilen, nimmt man in diesen Tagen Gelegenheit, großes Erntefest zu veranstalten. Und ist nicht auch die Erntefeier wert, gefeiert zu sein? Werden wir es nicht alle in diesen Tagen gewahrt: Die Natur, die Kraft des Sommers, hat ihr Stück Arbeit geleistet, das Wunder und Himmelswert zugleich ist! Aus jenem kleinen Samen, den wir in die Erde legen, ist die reife Frucht geworden, die uns Nahrung und Lebensmöglichkeit gibt, sichtbar unter unseren Augen wuchs sie Tag um Tag, gewohnt an Gestalt und Form, und eines Tages war aus jenem kleinen, grünen Fruchtknoten die reife Frucht geworden. Der Himmel war uns gnädig, die Sonne hat es geschafft. Manchmal, wenn der Himmel sich verfinsterte, wenn ein böses Wetter heraufzog, dann bangten wir um diese Früchte, daß sie Schaden nehmen könnten und vorzeitig abgehlagert werden. Nun ist die größte Gefahr vorüber. Der Sommer will sein Werk geleistet und nun, da wir das Werk des Sommers sichtbar vor Augen haben, daß die Natur ihre größte Arbeit geleistet, da ist es wohl verständlich, daß wir diesem Sommer zu Ehren ein Fest geben, daß wir unserem Dank zum Ausdruck bringen, indem wir den lässlichen, alten Bräuchen gemäß singen und tanzen, die Opferfeuer abbreiten und uns mit den Blumen des Hochsommers schmücken. Darum auch feiern wir im August das Erntefest, damit es auch, wie uns die Frucht des schaffenden Sommers zutage gekommen, werden wir als Christen in die Kirche gehen und Dank sagen. Nach ist es freilich nicht so weit bis zu jenem Tage, aber wir fühlen und leben es, das Werk des Sommers ist geschafft!

Heiße Tage und Erntefest

Wie ist das möglich, es ist so heiß, und man hat einen Schnupfen oder Husten, wie man ihr selbst im härtesten Winter nicht kannte. Dies Sommererkrankungen verdichtet man selbst, denn Temperaturunterschiede wie im Winter, wenn man von dem heißen Zimmer in die kalte Luft kommt, gibt es doch nicht, es fehlt doch das nächste Wetter des Herbstes. Also was trägt an diesen Erntefest die Schuld? Der Schuldige ist in diesem Fall der Durchzug, man perlt bei der Hitze Türen und Fenster auf, ist sehr leicht angezogen, oft dazu noch sehr geschwitzt und am Körper feucht, und die schöne Erntefest ist da. Nachher legt man sich ins Bett und muß die Wärme aushalten, denn Sommererkrankungen können sehr hartnäckig sein. Der Körper muß langsam abgekühlt werden, Zugluft ist zu vermeiden, Erfrischung bringt nur mäßig bewegte Luft und vorsichtiges Abkühlen.

— Durst bei der Hitze. Wenn es sehr heiß ist, hat man das Gefühl, immerzu trinken zu müssen. Man trinkt ausgiebig, und der Durst läßt doch nicht nach. Deshalb ist es viel besser, bei Durstgefühl bei heißen Wetter Wasser in den Mund zu nehmen und es nach einiger Zeit wieder auszupeilen. Das bringt Erfrischung, ohne daß es uns schadet. Im übrigen löschen an heißen Tagen warme Getränke viel mehr den Durst als kalte.

— An die falsche Fische geraten? Wie oft vernimmt man im Sommer diesen Ausruf. Wenn es nichts Giftiges ist, mag es hingehen, man spuckt eben aus; wie aber, wenn man Giftiges geschluckt hat? Geht es gut, so wiffen, was man in diesem Falle zu tun hat, bis der Arzt kommt, denn heuteutage, wo in den Hausapotheken so viele chemische Präparate vorhanden sind und die Antifte in Bierflaschen usw. diese Sachen aufzuwahren nicht zum Aussterben zu bringen ist, verläßt man sich folgendes auszuführen: Man schießt möglichst alles Getrunkenes auszuwischen indem man einen Finger in den Hals steckt. Darauf zu wiffen, was man in diesem Falle aber nichts als Grünspan oder Phosphor. Del ist auch gut, auch Gurgeln mit Del hilft besonders da, wo ätzende oder brennende Stoffe geschluckt wurden.

* Der Luftfahrverein (Segelfliegergruppe) Kernberg e. V., Mitglied des Deutschen Luftfahrverbandes (D.L.V.), hat in aller Stille und durch rastlose Arbeit seiner Mitglieder ein eigenes Segelflugzeug gebaut. Dieses Flugzeug, das nach den neuesten Erfahrungen der Segelflugtechnik konstruiert ist, stellt ein Meisterwerk dar, obwohl es von Nichtfachleuten in den freien Abendstunden gebaut wurde. Am Sonntag, den 31. Juli, stellt der Verein dieses Flugzeug im Schützenhaus öffentlich zur Besichtigung aus. Das Flugzeug wird „unbeplant“ ausgelegt; es ist daher Gelegenheit gegeben, die Konstruktion in allen Teilen in Augenschein zu nehmen. Im Rahmen dieser Ausstellung veranstaltet der Verein von 3 Uhr nachmittags ab einen sogenannten Klein-Ballonflug. Wettkampfe, dieser ist für Kernberg etwas ganz Neues und es ist Jedermann Gelegenheit gegeben, einen schönen Preis zu erwerben. Die Preise sind bei Herrn Eltermann ausgelegt. Als Abschluß findet am Abend im Schützenhaus ein Tanzfranzösisch statt. Da der Verein sich völlig selbstlos für die Förderung der Deutschen Luftfahrt einsetzt, empfehlen wir den Besuch dieser Veranstaltung aus warmen und wünschenden einen guten Verlauf.

* Vergeffen Sie nicht den 15. August! Das ist der letzte Sendungstermin für die Lösung der unterhaltenden Schwarztopf-Aufgabe „Kopf zerbrochen“. Verlangen Sie kostenlos den Prospekt im Jagdschäfer — Geldpreise winken für 5 Minuten Kopfzerbrechen! Und gelundes und schönes Paar durch „Haarglanz“!

* Wann ist ein Sitzplatz im Eisenbahnwagen belegt? Noch immer hind, zumal während der Hauptreisezeit, unheimliche Auseinandersetzungen zwischen den Reisenden wegen Belegung von Sitzplätzen in den Eisenbahnwagen zu beobachten. Es sei daher darauf hingewiesen, daß durch Einlegung einer Zeitung oder eines Buches auf die Sitzbank sowie durch Niederlegung eines Handgucks im Gepäck ein Anspruch auf den darunter befindlichen Sitzplatz nicht erworben wird. Als belegt gilt der Platz nur, wenn Handguck, Kleidungsstücke, zumindest ein Hut und dergleichen

auf den Platz selbst niedergelegt sind. Bei Sägen, in denen der Anspruch auf einen Sitzplatz durch die Lösung einer Plakatte erworben ist, bedarf es dieser Maßnahme natürlich nicht.

* Appell aller ehem. 36er. Märfung! — (Hörbren!) Am 20. und 21. August d. Js. begehrt die „Freie Vereinigung ehem. 36er.“, Sig. Halle a. d. S., ihr 25jähriges Bestehen in Verbindung mit dem 50. Stiftungsfest des Hallischen Fällier-Vereins 36. Aus diesem doppelten Anlaß hat die Freie Vereinigung einen Appell aller Angehörigen des Fällier-Vereins 36, Reserve-Inf.-Regts. 36 und Landwehr-Inf.-Regts. 36 an diesen Tagen in Halle a. d. S. angelegt. Höheres durch Kamerad Hauptwachmeister Müller, Halle a. d. S., Kirchstr. 20e.

* Rotta. Wie uns der Luftfahrt-Verein Rotta mittelt, wird bei dem am Sonntag, den 31. Juli stattfindenden Uebungsfliegen zu Ehren des in der Aktion tödlich abgetürten Segelfliegers Günter Groenhoff das Flugzeug mit einem Trauerfahnen versehen werden.

* Düben, 22. Juli. Die Provinzialstraße Düben—Kernberg—Wittenberg wird wegen Ausbesserung von Bauarbeiten auf der Strecke von km 12,45 bis km 16,66 zwischen den Orten Tennau und Lubitz in solem Umfang für den gesamten Durchgangsverkehr in der Zeit vom 1. August bis 15. September gesperrt. Der Durchgangsverkehr wird in beiden Richtungen auf die Umleitungsstraßen Cuzsch—Wittenfeld—Delitzsch vertrieben, der Ortsverkehr auf die Orts- und Seitenwege.

Zeitungverbote

Die kommunikative Tageszeitung für den Bezirk Halle-Merzbach, „Der Massenkampf“ ist dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf die Dauer von fünf Tagen verboten worden, weil in Ausfühungen in der Zeitung zur Bildung von Bauernmischbes und zur Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung aufgefordert wurde.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die in Halle erscheinende kommunikative Wochenzeitung „Illustriertes Rotes Echo“ für zwei Wochen bis zum 6. August einseitig verboten.

In der Begründung wird darauf verwiesen, daß in dem Artikel der letzten Ausgabe unter der Überschrift „Majestätskränze“ von einem majestätskränzendem Ausnahmestützpunkt unter Berlin, in der Provinz Brandenburg und einem majestätskränzendem Staatsrecht gesprochen und zum politischen Majestätskränze aufgefordert werde. Sterblich seien lebenswichtige Interessen des Staates gefährdet.

Der neue Regierungspräsident

Ministerialrat Sommer, bisher im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, der mit der vertretungswellen Verwaltung der Regierungspräsidentenstelle in Merseburg beauftragt worden ist, ist 50 Jahre alt. Von Haus aus Gerichtsdirektor, wurde er 1914 Regierungspräsident, als welcher er im preussischen Ministerium für öffentlichen Arbeiten wirkte. Nach einer Tätigkeit bei der Reichsbahn kam er ins Reichsverkehrsministerium, schon im Jahre 1921 wurde er Ministerialrat im preussischen Handelsministerium.

Erntungen als Diebe.

Jeß. In einem Geschäft wurde ein Diebstahl ausgeführt, bei dem hundert Geld in Höhe von 400 Mark entwendet wurde. Es stellte sich heraus, daß es sich bei den Dieben um vier Erntungen handelt, von denen einer die Hälfte der Beute in einem blauen Gelbbeutel in der Nähe der Märanlagen bei Rasberg weggefahren hatte. Zeugen wollen wissen, daß dieser Gelbbeutel von einer unbedeutenden Person aufgehoben worden ist, die jedoch noch nicht ermittelt werden konnte.

Arren. Mit dem Revolver gegen die Mutter. Der Sohn eines heiligen Flurhüblers geriet mit seinen Eltern in Streit. Er drohte dabei seine Mutter mit der Schusswaffe und verfolgte damit auch einen vor dem Hause lebenden Arbeiter. Der rote Patron ist schließlich. Gegen ihn ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden.

Nieleben (Saalfeld). In der Amtsführung des Amtsvorstehers von Nieleben, Sachse, der vor einiger Zeit sein Amt niederlegte, sind Unstimmigkeiten festgestellt worden. Mehrere Revisionen haben einen teilweiseigen Fehlbetrag von 3450 Mark ergeben.

Merzbach. Aus der Allen Saale wurde in der Februar eine männliche Leiche angeschwemmt und von Volksgenossen geborgen. Es handelt sich um den seit 19. Juli vermissten 38 Jahre alten Bau Schäfer aus Merzbach, der seit einiger Zeit schwermütig war.

Explosion im Laboratorium.

Wittenfeld. Im Laboratorium der S. G. Farben-Industrie, in dem erst kürzlich durch eine Explosion zwei Personen lebensgefährlich verletzt worden waren, entfiand morgens wieder eine schwere Explosion, bei der ein Chemiker und ein Laborant schwere Verletzungen davonbrachten. Das Laboratorium wurde so stark beschädigt, daß es geschlossen werden mußte. Die beiden Verletzten wurden ins Wittenfelder Krankenhaus gebracht.

Wittenberg. Die Hand abgeknitten. Das zweifelhafte Schicksal des Maurers W. geriet auf dem Felde in die Kornmäschmaschine. Dem Kleinen wurde die rechte Hand abgeknitten.

Domänenpachtland für Kleinbauern.

Torgau. Auf eine kleine Anfrage der kommunikativen Landtagsfraktion hat der preussische Landwirtschaftsminister jetzt mitgeteilt, daß das Landbesitzverhältnis in der Umgebung der Domäne Kötzenburg vorbandenen

haben Sie sich schon den Kopf zerbrochen?
RM. 5000 — Preise winken!

Lassen Sie sich im Fachgeschäft kostenlos den interessanten Schwarzkopf-Prospekt „Kopf zerbrochen“ geben und senden Sie Ihre Lösung schnelligst ein! Sie lernen dabei auch die Wirkung von „Haarglanz“ kennen, die Vervollkommnung moderner Haarpflege! „Haarglanz“ fettet nicht und macht doch das Haar glänzend durch Neutralisation.



Die Frisur gelingt besser und die Welle hält noch einmal so gut. „Haarglanz“ ist ärztlich empfohlen und kann durch Zitronensaft- und Essigspülungen nicht ersetzt werden! „Haarglanz“ liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfennig, grüne Extra-Packung und Spezialsorte Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfennig.

SCHWARZKOPF-HAARPFLEGE
vollkommen durch „Haarglanz“

Steinbauern und Häuer vor kurzem einer eingehenden Prüfung durch das Kulturamt untersucht worden ist. Die Aufzucht über die Abgabe von Nachzügen aus der Domäne werde so beschleunigt werden, daß das Land noch im Herbst zur Verfügung gestellt werden könne. Der Nachzucht werde sich in mäßigen Grenzen halten.

Waldenborf b. Egeln (Kr. Wanzleben). Der zwölfjährige Herbert Mühlberg stürzte, als er sich am großen Schachtelbelaud, plötzlich, aus Mund und Nase blutend, zusammen. Zunächst wurde angenommen, daß der Junge einen Schlaganfall erlitten habe. Die ärztliche Untersuchung ergab aber, daß er von einem Gefäß getroffen worden war, das durch den Rücken in die Lunge drang. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß der Schlag aus einer großkalibrigen Waffe abgegeben sein muß. Von dem Täter fehlt aber bisher noch jede Spur.

Ein Erwerbslosen-Kampfsprogramm.

Kommunistischer Stadterordneter verhaftet.
Halle. Im „Volksparl“ versammelten sich etwa 2000 Erwerbslose, einberufen von den Vereinten Erwerbslosen-Ausschüssen der SPD, und den freien Gewerkschaften. Die Versammlung fand unter der Parole der „Einheitsfront“. Es wurde ein Kampfsprogramm beschlossen, nach dem am 1. August die Arbeitsschlacht eingeleitet werden soll; die Erwerbslosen sollen Überwachungsanstalten bilden, die darauf achten sollen, daß auch nirgendwo eine Miete gezahlt wird. Weiter sollen die Kinder in den Schulstreik treten, ebenso wird der Steuerstreik proklamiert. Ein kommunistischer Antrag, die Entgegennahme der gestrichelten Unterzeichnungsblätter zu verweigern, wurde auf freigelegten Stühlen durch den Vorsitzenden der Kommission zur Beratung überwiesen.

Der kommunistische Stadterordnete Fraemann erklärte u. a.: „Schicksalstag sei nicht der 31. Juli; Schicksalstag der Arbeiterklasse sei dann, wenn die Arbeiter auf den Straßen kämpfen. Wegen dieser Äußerung wurde er sofort verhaftet.“

„Bomben“ über Halle.

Halle. Auf dem Universitätsvorplatz fand eine Versammlung statt, an der neben der Studentenschaft die Feuerwehr, die Technische Nothilfe und die Sanitätskolonne vom Roten Kreuz teilnahmen. Durch einen markierten Fliegerangriff wurde die Gasübungsübung eingeleitet. In das Propellergeräusch mischten sich „Bombeneinschläge“ mit weißer Schwärze, die sich in die Luft lösten. Bald nach dem Alarm erschien die Feuerwehr, mit Gasmasken ausgerüstet, mit zwei Gerätemotoren, ferner ein Strupp der Teno, ebenfalls mit Gasmasken und

Schutzanzügen versehen, in der Hand Beien und Eimer zum Insektenschaden der Einflugschilde. Die auf dem Platz herumliegenden „Opfer“ des Fliegerangriffs wurden von der Sanitätskolonne in Sicherheit gebracht. Der Verlauf der Übung bewies, daß es noch mancher praktischen Übung bedürftig wird, wenn ein wirksamer Schutz der Bevölkerung erreicht werden soll. Der Gasflug steht noch im ersten Stadium seiner Organisation.

Ergebnislose Waffenprobe.

Hadmersleben (Kr. Wanzleben). Im Zusammenhang mit den Schießereien in Hadmersleben, bei denen Polizei aus einem Gefäß heraus beschossen worden war, fanden bei den Führern der SPD, in Hadmersleben Hausdurchsuchungen statt. Es wurden aber nur Jagdmotoren, ein Gummiknüppel und ein Dolch gefunden. Schutzmassen wurden nicht entdeckt.

Sozialdemokratischer Protest.

Altenweddingen. Wie wir kürzlich berichten konnten, wurde der sozialdemokratische Alms- und Gemeindevorsteher Bergemann in Altenweddingen von dem sozialdemokratischen Landrat Saumann seines Amtes entbunden, weil er beim Verhör eines Nationalsozialisten diesen beschimpft und geschlagen haben soll. Daraufhin haben die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher in Altenweddingen ihre Ämter sämtlich zur Verfügung gestellt.

Gerwitz b. Burg. In der hiesigen Konferenz der Vereinte Werkleute wurde in dem Raum, in dem die Konferenz tagen, ein großer Dampfdruck, während der Arbeit ein großes Dampfrohr. Ein junges Mädchen aus Gommern, das gerade an der Stelle arbeitete, wurde mit kochendem Wasser übergossen und erlitt so schwere Verbrennungen am ganzen Körper, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Ein Arbeiter, der das Mädchen forttrug, erlitt selbst Verbrennungen am Arm. Ferner erlitten zwei weitere Arbeiterinnen leichtere Brandwunden.

Stendal. Vor einigen Tagen stieß Gutsbesitzer Schulze-Königsde mit seinem Auto mit einem Stendaler Laskaio zusammen und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung. Schulze ist Dienstag gestorben.

Der heutige Gesamtanfang unserer Zeitung liegt ein Flugblatt der Deutschen Volkspartei (Liste 6) über „Die 12 Punkte des nationalen Deutschlands“ bei, das wir der ganz besonderen Beachtung aller Wähler und Wählerinnen empfehlen.

Flieger-Schicksal.

Mitten hinein in die hochgepöbelte, entfachungschamantende Atmosphäre dieser Tage trifft eine Nachricht, die geeignet ist, die Gedanken für einen Augenblick ganz von den politischen Ereignissen abguschleifen. Günstiger Gewand ist die den Fliegern gestiftete — einer der besten, zukunftsreichsten Pläne des deutschen Flugports, vornehmlich der Seeflieger. Ihn, der erst seit sechs Jahren sich dieser Kunst, die zugleich Wissenschaft ist, gemindert hat, verdanken wir es vor allem, wenn Deutschland heute noch auf diesem Gebiet mit allen mit ihm erlitten haben, denn daß wir da sind als Fliegerdiesel, wie ungezählt vor ihm, so ruft es allen, die im Dienste an der gleichen Sache stehen, ein „Memento mori“ zu. Wir wissen, es kann auch das Schicksal eines jeden von uns sein. Darin liegt aber zugleich auch der Trost über den künftigen Verlauf dieses Saugl, angenommen hat, und auch wir freien danach, gleich ihm das Beste zu leisten und das Beste zu erreichen.

Darum dürfen wir uns, als der erste Luftfahrer-Verein im Kreise Mittelbergs, bei dieser Gelegenheit wohl der Öffentlichkeit in Erinnerung bringen und bitten, uns um der für Deutschlands Zukunft bedeutsamen Sache willen nicht zu vergessen. Weit mehr noch als durch unsern jungen Organismus auf dem Wasser gepogten hat, gilt heute von der deutschen Fliegerei:

Unsere Zukunft liegt in der Luft!

Und gerade unser Preisverein stellt den Gesichtspunkt der Kampffähigkeit und Kriegstüchtigkeit in der Flugausbildung an die vordere Stelle, wie es bereits bei der Einweihung unseres Flugzeuges programmatisch ausgesprochen worden war. Das alles sollte schon genügen, um alle Deutschen nicht zu vergessen. Wir wollen Flieger werden, die dem Vaterland in der Stunde der Bedrohung etwas Ganzes zu leisten vermögen, das ist unser einziger Zweck. Unser Ziel aber ist kein anderes als das der wachsenden Weisheit unseres erachteten Volkes:

Deutschland, nur Deutschland, nichts als Deutschland!

In diesem Ziel mit uns einig ist und die Notwendigkeit unseres Zweckes erkannt hat, der heißt uns, durch die Erfüllung dieses Zweckes neues Ziel zu erreichen, und träte entweder selbsttätig oder auf unsere Seite oder Hilfe neubezogen unsere Hände, daß sich das große Werk vollende! Wir sind es den Männern schuldig, die ihr Leben schon an dieses Ziel geknüpft haben, und ins Besondere werden wir es uns selbst, was uns ihrem Gedächtnis auf der Weltzeitung zu leisten ist.

Wir treten Flieger, wir fliehen Sieger, durch dich allein! Volk siege du wieder, und du wirst Sieger durch dich allein!

Luftfahrer-Verein Notta.

Anschrift: W. Freilieder, Notta.

Sommer-Saison-Schlußverkauf

von **Freitag, den 29. Juli** bis **Donnerstag, den 11. August**

Es gelangen große Posten Waren zu **weit herabgesetzten Preisen** zum Verkauf. Überzeugen Sie sich bitte selbst von der **Billigkeit und Preiswürdigkeit** meines Angebotes.

Als ganz besonders günstig anzubieten habe ich:

- Damen-Mäntel Damen-Kleider
- Kinder-Mäntel Kinder-Kleider
- Herren-Anzüge Kinder-Anzüge
- Waschanzüge

wollne u. seidene Kleiderstoffe, Musline Kunstseide Künstlerdrucks Blaudrucks Schürzenstoffe

weisse und bunte Bezüge Betttücher Handtücher Wischtücher Tischwäsche Hemdentuche, weisse u. bunte Barchente

Schürzen Frottierhandtücher Strumpfwaren Damenhemden Oberhemden Wochenendhemden Krautten

Beachten Sie bitte meine Schaufenster

Wilhelm Weydanz, Markt 7

Versteigerung.

Wegen Veränderung meines Betriebes werden am **Donnerstag, den 28. Juli**, von nachmittags 1 Uhr an folgende Gegenstände: **ein Weid** (Ecker Frucht-Wallach, festjährig mit Stammbaum, komplett getrieben und gefahren, volle Garantie).

8 Fetteschweine (ca. 1 Zentner), Aus meiner gut bekannten Geflügelzucht mehrere Stämme Gänse, Hühner und Ziergeflügel (meist höchst prämiert), 1 Rautschwagen, 1 Dogcart, 1 leichter Viehwagen, 1 Ackerwagen, 1 Rensschlitten, verschiedene prima Pferdegehirne, ein fast neues elegantes Reitzzeug, 1 neuer Pflug und Eggen, 1 fast neue Buttermaschine, 1 Rübenschnneider, **4 gute Brutapparate** (System Gaele, fast neu) ca. 2 1/2 Morgen flehender Woggen, ca. 3 Morgen Kartoffeln, ca. 1 Morgen Futtermohrrüben, ca. 1/2 Morgen Kohlrüben, sowie viele andere zur Wirtschaft gehörende Gegenstände meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

Franz Ruge, Macknaudorf. (3 km von Station Radis.)

Frisches fettes Hammelfleisch

empfiehlt **Louis Richter** Morgen Donnerstag früh 7 Uhr

Speckfuchen

Bäckerei Matthes hat zu verkaufen **A. Sad, Weinbergstraße 75**

Spannfuh

steht zum Verkauf **Mittelstraße 8**

Enten Birnen

zum Schlachten u. Weiterfüttern **find zu verkaufen Neuden Nr. 50**

Wohnung

befehend aus 5 Zimmern u. Gartenbenutzung, ferner 4 Zimmer-Wohnung mit Zubehör zu vermieten. Angele aus an der Geschäftsstelle dieser Ztg. erbitten.

Elektro-Motor

5 PS, mit Anläufer verkauft billig **H. Gutzwill, Mühlgrabenbau**

Zahn-Atelier Fr. Genzel

Dentist. Vollst. schmerzlindeendes Zahnziehen. Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam. Anfertigung künstlicher Zähne in Rautschud, Gold u. unechten Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne. Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Mein Saison-Schlußverkauf Sensation

Beginn: Freitag, den 29. Juli Schluß: Donnerstag, den 11. August

Er bietet eine **enorm billige Einkaufsgelegenheit.** Große Posten Waren kommen zum Verkauf

Konfektion staunend billig Beachten Sie bitte meine Schaufenster

Otto Wildau, Remberg

Manufaktur-, Bug- und Modewarenhaus

41. Zerbster Pferdemarkt-Lotterie

Ziehung unwiderruflich am 23. August 3 600 Gewinne und eine Prämie — Wert der Gewinne 100 000 RM Vorzügliche Gewinnchancen

Loose zu 3.— RM zu beziehen durch **Richard Arnold, Remberg, Leipziger Straße und Markt.**

Luftfahrt-Werbetag

Am **Sonntag, den 31. Juli**, von 9 Uhr vormittags ab stellen wir im **Schützenhaus** unter von den Vereinsmitgliedern erbautes

Segel-Flugzeug zur Verächtigung aus. (Eintritt 20 Pf., Kinder 10 Pf.) Im Rahmen dieser Ausstellung veranstalten wir daselbst von 3 Uhr nachmittags ab einen

Klein-Ballonflug-Wettbewerb (Ausführung hierzu wird besonders bekanntgegeben). Abends von 8 1/2 Uhr ab

Tanzkränzen

Im Interesse der Förderung der deutschen Luftfahrt bitten wir um recht rege Beteiligung. **Luftfahrtverein (Segelflugguppe) Remberg E. B.**

Reise-Koffer

in verschiedenen Grössen und Ausführungen **Richard Arnold, Leipziger Str. und Markt**

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Musikisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M. durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streich und ersichtlicher Anpreisung auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklamezeile 40 Pfg., 2spaltige 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich gegebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Beilagengebühr: 10,— M. das Zahlen, ausgleich Polgebühren. — Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Inserate tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 88

Donnerstag, den 28. Juli 1932

34. Jahrg.

Auf die Gebote für die diesjährigen

Obstruzionen an den städtischen Straßen wird hiermit der Zufuhg erteilt.

Das Sachgeld ist bis zum 28. Juli an unsere Kammerei zu zahlen.

Kemberg, den 26. Juli 1932.

Der Magistrat.

Abgelehnt!

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs.

Leipzig, 26. Juli.

Reichsgerichtspräsident Dr. Bunte gab in der Staatsrechtskammer der abgeleiteten preußischen Minister, der Fraktion des Zentrums und der Fraktion der SPD im preußischen Landtag gegen das Reich am 13.07.1932 folgende Entscheidung des Staatsgerichtshofs bekannt:

Die Urträge auf Erlass einer einseitigen Verfügung werden zurückgewiesen.

Die Begründung

In seiner Begründung wird der Staatsgerichtshof im wesentlichen erklärt, er lehne es ab, eine einseitige Verfügung zu erlassen, weil nach dem neu formulierten Antrag der preußischen Minister dieser Erlass einer einseitigen Verfügung eine Zerteilung der Staatsgewalt zwischen Reichsminister und bisherigen Ministern in sich schließt. Der Staatsgerichtshof könne eine solche Gewaltenteilung nicht vornehmen.

Er sei auch nicht in der Lage, von sich aus Vor schläge zu machen, wie die Verhältnisse in Preußen sonst vorläufig geregelt werden könnten. Er lehne auch den Erlass einer einseitigen Verfügung auf den Antrag der beiden Fraktionen Zentrum und SPD ab, deren Unzulässigkeit er übrigens noch nicht geprüft habe. Die Ablehnung erfolge aus dem gleichen Grunde wie die Ablehnung gegenüber den Anträgen der Staatsminister.

Der Staatsgerichtshof lege den allergrößten Wert darauf, zu betonen, daß von ihm aus jegliche Befehlsgewalt zur Herbeiführung einer endgültigen Entscheidung im Rahmen der dem Staatsgerichtshof durch die Geschäftsordnung gezogenen Grenzen gefördert werden werde.

Die Stuttgarter Erklärung

... auch im Namen Hindenburgs.

An die Wiedergabe der Erklärungen des Reichsanstalters, es werde von der Reichsregierung in kein anderes Land ein Reichskommissar entsandt werden, und es werde auch nicht daran gedacht, dort den Ausnahme- oder Belagerungszustand zu verhängen, war in der Presse die Bemerkung geknüpft worden, daß Herr von Papen diese Erklärung nur für die jetzige Reichsregierung abgegeben habe. Die grundsätzliche Zustimmung des Reichspräsidenten sei jedoch unerwähnt geblieben.

Demgegenüber ist festzustellen, daß der Reichsanstalt nicht nur für sich und die jetzige Reichsregierung, sondern ausdrücklich auch für den Reichspräsidenten erklärt hat, die Entsendung eines Reichskommissars komme für kein anderes Land in Betracht. Die Tatsache des Bestehens von geschäftsführenden Regierungen biete keinen Grund dafür, und es sei auch nicht daran gedacht, irgendwo den Ausnahme- oder Belagerungszustand zu verhängen.

Zugung des Reichskabinetts

Das Kabinett beschäftigte sich dann mit der Tatsache, die es gegenüber dem Ueberwachungsausschuß des Reichstages einnehmen wird. Das Kabinett steht auf dem Standpunkt, daß die verfassungsrechtlichen Beschlüsse des Ueberwachungsausschusses für die Reichsregierung nicht bindend sind.

Vorbereitung zum Hochverrat?

Das Verfahren gegen Breuer wird vom Oberstaatsanwalt weitergeführt werden, da Breuer dringend verdächtig erscheint, sich der Vorbereitung zum Hochverrat schuldig gemacht zu haben.

Ueberwachungsausschuß gegen Notverordnung

In der zweiten Sitzung des Reichstagsausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung waren von Seiten der Reichsregierung Reichsanstaltzer von Papen, Reichsinnenminister Freiherr von Gopl und Reichswehrminister von Schleicher erschienen. Die Vertreter der Nationalsozialisten der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Landvolks und der Wirtschaftspartei waren nicht erschienen. Es gab von den 28 Mitgliedern des Ausschusses nur 16 zu gegen waren.

Der Ausschuh wandte sich den Anträgen auf Aufhebung der Reichsnotverordnungen zu, die sich auf die Entsendung des Reichskommissars in Preußen beziehen.

Reichsinnenminister Freiherr von Gopl führte aus, der Ueberwachungsausschuß des Reichstages, der nach der Aufhebung des alten Reichstages bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages in Tätigkeit treten könne, sei weder ein Organ des alten noch ein solches des neuen Reichstages.

Der Ueberwachungsausschuß stelle vielmehr ein Zwischenglied dar und sei berufen zur „Wahrung“ der Rechte der Volksvertretung, nicht aber zur „Wahrnehmung“. Hauptaufgabe des Ausschusses, der kein Ersatz-Reichstag sei, sei die Beschleunigung etwaiger Eingriffe der Reichsregierung in die Rechte der Volksvertretung. Die Reichsregierung sei dem Ausschuh nicht verantwortlich und ebenso habe der Ausschuh keinen Anspruch auf sofortige Unterichtung über Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Auf Anfragen von Zentrumsseite erklärte Reichsanstaltzer von Papen, die Reichsregierung werde die Wahlfreiheit für den 31. Juli in jeder Richtung sichern.

Reichswehrminister von Schleicher erklärte, die Wehrmacht werde es niemals zulassen, mit irgend jemand die ihr zugewiesenen verfassungsmäßigen Rechte zu teilen. Es werde gegen dieselben, die sich übliche Funktionen anmaßen wollten, vorgegangen werden.

Die Abstimmungen

Von den Ausschuhmitgliedern wurde bei Abwesenheit des Vertreters der Konfessionslosen der Zentrumsantrag einstimmig angenommen, auch dem der Ausschuh „verlangt“, daß die Notverordnungen vom 20. Juli über Entsendung des Reichskommissars für Preußen und Verhängung des Ausnahmezustandes „aufgehoben“ werden. Annahme fand bei Stimmhaltung des Zentrums auch der sozialdemokratische Antrag, wonach der Ausschuh von der Reichsregierung verlangt, daß diese beiden Notverordnungen „außer Kraft gesetzt“ werden.

Bei Stimmhaltung des Zentrums wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, die Notverordnungen vom 14. und 23. Juni dieses Jahres gegen politische Ausdehnungen außer Kraft zu legen.

Weiter wurde bei Stimmhaltung des Zentrums ein Antrag der Bayerischen Volkspartei, der die Aufrechterhaltung der Notverordnung gegen politische Ausdehnungen vom 28. Juni verlangt.

Einstimmig angenommen wurde auch ein Zentrumsantrag, der die Reichsregierung ersucht, angesichts der zunehmenden Verdrösung und Verwilderung des politischen Kampfes die Wahlfreiheit unbedingt und nach jeder Richtung zu sichern. Um das zu erreichen, wird die Reichsregierung besonders aufgefordert, sofort ein allgemeines Verbot für Parteiformen zu erlassen, unter Umständen für den Wahltag selbst und den vorhergehenden Tag.

Ausnahmezustand aufgehoben

Die Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 27. Juli.

Die Verordnung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Berlin und Provinz Brandenburg hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung



Zurücksprung auf die Polizeiverordnungen.

Der Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Bracht, hat an sämtliche Polizeibehörden folgenden Funkdruck erlassen:

„1. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit vor, während und nach der Reichslandwahl ist in nächster

Zeit die wichtigste Aufgabe der Polizei.

2. Die Waffengebrauchbestimmungen für die Polizei (berufliche Ausführgeschäftsbefugnisse zu Paragraph 55 PStG.) reichen völlig aus zum Schutz des einzelnen Beamten wie zur Durchsetzung der Staatsautorität gegenüber tatsächlichen Widerstand.

3. Ein Polizeibeamter, der auf Grund dieser Bestimmungen nicht rechtzeitig und anders als von seinen Dienstwaffen Gebrauch macht, verliert keine Amtspflicht. Dem pflichtmäßig handelnden Polizeibeamten aber werde ihm mein Schutz nicht verweigert.“

Fretallungen aus der Schutzhaft.

Zu der Verordnung über die Aufhebung des Ausnahmezustandes wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß namentlich die während des Ausnahmezustandes in Schutzhaft genommenen Personen freigelassen werden, soweit die Bearbeitung ihrer Angelegenheiten nicht schon an die ordentlichen Gerichte übergegangen ist.

Die Strafverfahren laufen weiter.

Die Strafverfahren gegen Personen, die sich gegen die Verordnung des Reichspräsidenten strafbar gemacht haben, nehmen ihren Fortgang. So befindet sich der Schriftsteller Breuer-Griebeländer noch in Haft im Polizeipräsidium und wird, da der Schutzhaftbefehl namentlich außer Kraft getreten ist, dem Vernehmungsrichter vorgeführt werden müssen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst erscheint wieder.

Auf Anordnung des Reichskommissars Dr. Bracht wird der Amtliche Preussische Pressedienst von Mittwoch, den 27. Juli, ab wieder regelmäßig erscheinen mit der Maßgabe, daß die Verbreitung politischer Mitteilungen bis auf weiteres durch die Presseabteilung der Reichsregierung erfolgt.

Preußen erlaubt den Beamten die NSDAP.

Berlin, 27. Juli.

Amtlich wird mitgeteilt: Der kommissarische preussische Minister des Innern hat dem preussischen Staatsministerium eine Vorlage gemacht, wonach der Beschluß des preussischen Staatsministeriums vom 25. Juni 1930 insofern aufgehoben wird, als er die Teilnahme von Beamten an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei verbietet.

Zinszuschüsse des Reichs

Für Instandhaltung und Teilung von Wohnungen.

Berlin, 27. Juli.

Der Reichsarbeitsminister hat die näheren Bestimmungen über die in der Notverordnung vom 14. Juni d. J. vorgesehenen Zinszuschüsse aus Reichsmitteln für Darlehen für Instandhaltung und Teilung von Altwohnungen beauftragt. Hierfür stehen einmalig fünf Millionen RM zur Verfügung. Der Zuschuh wird ausbezahlt gegen die ein Darlehen von mindestens 1000 RM zur Ausführung größerer Instandhaltungsarbeiten oder zur Teilung einer Wohnung aufgenommen haben.

Der Reichsarbeitsminister hat gleichzeitig die Uebernahme von Reichsbürgerschaften zur Förderung von Instandhaltungsarbeiten und Wohnungsteilungen eingeleitet.

Die Bürgerschaften können der Natur der Sache nach nur gegenwärtigen Spitzenfunktionen übernommen werden, da es praktisch unmöglich ist, daß das Reich in den zahllosen Einzelfällen unmittelbar für die Hauseigentümer eine Bürgerseinerklärung abgibt. Die Verhandlungen über den Kreis der Institute, die die Reichsbürgerschaft erhalten, sind noch nicht abgeschlossen. Die Institute werden zu gegebener Zeit von sich aus die ihnen angeschlossenen Organisationen verständigen. Zwecklos ist es, daß sich die einzelnen Hauseigentümer mit der Bitte um Bürgerseinerübernahme an Reichs- oder Landesbehörden wenden.

Antwort auf Borheim

Strafanzeige gegen Reichs- und Länderregierungen.

Darmstadt, 27. Juli.

Von der Gaupressstelle der NSDAP wird mitgeteilt: Die feinerzelt durch die Veröffentlichung der Borheimer Dokumente beunruhigten heftigen Nationalsozialisten haben gegen das heftige Staatsministerium vom Sommer 1931 wegen Begünstigung der hoch- und landesverräterischen Absichten der KPD Strafantrag erlassen.

In dem Schreiben an den Oberreichsanwalt heißt es u. a.: Am 25. November 1931 wurde von den sozialdemokratischen Ministern Leuschner und Geering das Borheimer Dokument der Öffentlichkeit bekanntgegeben. In den folgenden Tagen wurde das hochverratsverätrliche eröffnet, in das der unterzeichnete Dr. West als Angekluldigter, die übrigen Unterzeichneten „vorläufig“ als Zeugen verurteilt sind. In dem Verfahren ist bis heute keine Entscheidung über die Erhebung der Klage oder über die Einstellung des Verfahrens ergangen, so daß die Unterzeichneten noch immer den Anwürfen ihrer politischen Gegner ausgesetzt sind. Die Veröffentlichung der im Besitz der heftigen Staatsregierung befindlichen hoch- und Landesverrats-Dokumente der KPD führen im wesentlichen die Vorgehensweise und die Voraussetzung des Borheimer Dokuments. Die Tatsache, daß die kommunistischen Pläne der heftigen Regierung bekannt war-